Dienstag, 4. September 1923 · 71. Jahrgang Nr. 414

Berliner Volks-Zeitung

Abend-Ausgabe

Einzelnummer 70 000 M.

Chefredakteur: Otto Nuschke, Berlin-Steglitz

Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin

Brot 520000	Gas cbm 350000
markenfrei 900000	Wasser cbm 170000
Markenschrippe 18000	20-Mark-Stück 14 680 000
Milch 1 Liter 400000	Goldzollaufgeld 129 019 900
Brik. Ztr. 4 063000, Koks 7 939000	Schlüsselzahl für Bücher 1600000
Strom Licht und Kraft. 550000	Index für Aerzte, Berlin 1300000

Letzte Kleinhandelspreise der Berliner Zentralmarkthalle

Zufuhr in Fleisch ausreichend, Preise höher.

Rindfleisch 1 600 000—2 000 000 bis 2 000 000 M., Hammelfleisch Mark, ohne Kn. 2 000 000 bis 1 400 000—2 000 000 M., Schweinefleisch 2 400 000 M., Kalbfleisch 1 500 000 fleisch 3 000 000—3 500 000 M., Rindertalg 1 900 000—2 300 000 M., Butter 3 400 000—3 800 000 M., Schmalz 2 400 000—2 700 000 M., Kartoffeln 37 000—40 000 M., Pfefferlinge 400 000—450 000 M. das Pfund, Eier 280 000—300 000 M. d. Stück

Strassenb. 150000, Umsteig. 220000	Pstk. O. 15000, Fern u. Oest. 30000
Hchb. II. 120-150000, III. 90-120000	Asl. 120000, Tschsl. u. Ung. 90000
Stadtbahn .II. 225000, III. 150000	Brief O. 30000, Fern u. Oest. 75000
Omnib. Teil 150000, g. Str. 200000	Asl. 200000, Tsch. u. Ung. 150000
Droschk.: Kr. × 1000000, Pf. × 600000	Telegr. 60000 d. W., Grdgeb. 120000
Tel.-Gesp. .....75000, Aut. 75000	n. Ausland je nach Währung

Die Verheerungen in Mittel-Japan

Auf den Trümmerfeldern — 200 000 Obdachlose in Jokohama — Die Feuersbrünste noch nicht bewältigt

Das Botschafterviertel zerstört — Schwierigkeiten der Hilfeleistung

Paris, 4. September. (W. T. B.)

Wie Havas aus Osaka berichtet, berechnet der Marineminister allein in Tokio die Zahl der Toten auf 150 000. Es hat den Anschein, als ob man des Feuers in Tokio noch nicht Herr geworden sei. Dreißig Mitglieder der Regierungspartei sind bei dem Erdbeben ums Leben gekommen, während sie eine Sitzung abhielten. Unter den eingestürzten Gebäuden befinden sich die französische und die italienische Botschaft. Von großen öffentlichen Gebäuden, die in Tokio eingestürzt sind, werden u. a. genannt: die Nationalbank, das kaiserliche Museum, die Universität, ein Teil des Kriegsministeriums, zwei Theater und alle Bahnhöfe mit Ausnahme des Hauptbahnhofes. Das Stadtgebäude ist unversehrt geblieben. Alle Fernsprech- und Telegraphenverbindungen sind unterbrochen. Insgesamt sind in Tokio 200 000 Häuser zerstört, davon durch Feuer 150 000. Das Feuer hat sich dadurch so sehr ausgebreitet, daß die Gasleitungen durch das Erdbeben gesprengt wurden und in Brand gerieten. Nach einer weiteren Meldung beläuft sich die Zahl der Flüchtlinge in den Orten Tschiba und Nagasaki auf viele Tausende. Von Minute zu Minute kommen neue Flüchtlinge an. Der kaiserliche Palast gleicht einem Heerlager. Tausende, die Verwandte in Tokio haben, versuchen, trotz der Gefahr, in die Stadt zu gelangen. Alle Leuchttürme sind eingestürzt, wodurch die Schiffahrt sehr behindert wird. Mehrere Schiffe, besonders die „Selma-City", die 139 Passagiere an Bord hat, sind schwer beschädigt. Dampfer sind zur Hilfeleistung abgegangen.

Erste Berichte

London, 4. September. (Eca.)

Der Tokioer Korrespondent der „Times" konnte sich nach Osaka begeben, von wo er aus der Redaktion der Zeitung folgenden Bericht an sein Blatt sandte: Die Ueberlebenden sind vor Hunger halb tot. Der Prinzregent hat sich in den Palast von Akasaka zurückgezogen, von wo er das Rettungswerk leitet. Der Kaiser und die Kaiserin sind in Sicherheit im Sommerpalast von Mikko. Es geht das Gerücht, daß der Ministerpräsident Jamamoto ermordet sei, doch liegt bisher noch keine Bestätigung vor. Die Hauptursache für den Brand in Tokio ist in dem Bruch der Gasleitungen zu suchen, der durch das Einstürzen der Häuser verursacht wurde. Fast alle Zeitungen und Druckereien, alle Fabriken, alle Hospitäler sind dem Erdboden gleichgemacht. Ein Zug von Flüchtlingen hatte sich am Bahnhof von Jeri angesammelt, etwa aus 8000 Personen bestehend, die in wilder Panik waren. Eine große Anzahl dieser Personen wurde durch den Einsturz des in Flammen stehenden Bahnhofes erdrückt. Tausende und aber Tausende von Flüchtlingen haben sich im Palast von Shiba sowie von Nagasaki und in dem kaiserlichen Palast angesammelt. Die Paläste sind wahre Biwaks geworden, in denen sich die verzweifelte Bevölkerung anhäuft.

In Hakone hat ein Journalist eine Anzahl ausländischer Flüchtlinge angetroffen, denen alles fehlt und von denen viele verletzt sind. Er teilt mit, daß etwa 50 Ausländer in Hakone umgekommen sind. Von dem amerikanischen Konsulat in Tokio sind bisher keinerlei Nachrichten eingetroffen.

Die Obdachlosen

San-Francisco, 3. September. (Eca.)

Die funkentelegraphische Depesche eines Kauffahrteischiffes teilt mit, daß in Jokohama 200000 Einwohner ohne Obdach sind, von denen sich eine große Anzahl an Bord von Schiffen geflüchtet hat. Eine weitere drahtlose Depesche besagt, daß auch Jokosuka von einer heftigen Feuersbrunst heimgesucht wird; u. a. stehen mehrere Hospitäler in Flammen.

Osaka, 3. September. (Eca.)

Der Kriegsminister hat den Kommandanten der Division Osaka beauftragt, ihm über die Zustände in der Stadt Osaka zu berichten. Als erstes Hilfswerk sollen 4000 Ballen Reis an die Obdachlosen verteilt werden.

Plünderungsszenen und Kriegszustand

Liverpool, 4. September. (Eca.)

Der amerikanische Konsul in Liverpool hat folgendes Telegramm erhalten: Jokohama, Gamakora und die Flottenbasis von Jokosuka sind vollkommen zerstört. In mehreren Stadtteilen der Hauptstadt sind die Flammen noch nicht bezwungen. Alle Brücken über den Fluß Samida, der Tokio durchfließt, sind von der Flut hinweggeschwemmt worden. Der Vulkan der Insel Koshima, die 45 Kilometer von Tokio entfernt liegt, scheint auszubrechen. Die Bevölkerung von Tokio und Jokohama ist in einer bedrückten Lage. Sie müssen Hungers sterben und sind dem Unwetter ausgesetzt und vom Schrecken vollkommen niedergedrückt.

Plünderungsszenen sind in Tokio und Jokohama vorgefallen. Der Kriegszustand ist verhängt. Mehrere koreanische Plünderer wurden an Ort und Stelle erschossen.

Japans Großmachtstellung bedroht

London, 4. September. (B. T.)

Die japanische Erdbebenkatastrophe, die die „Westminster Gazette" das größte derartige Unglück der Weltgeschichte nennt, erweist sich als so groß, daß unter Umständen Japans politische Macht hiervon betroffen wird. So schreibt die japanische Zeitung „Mainitschi", Japan sei durch diese Katastrophe um eine Generation zurückgeworfen worden. Es sei jetzt keine Großmacht mehr, sondern eine Macht vierten Ranges. Denn das Land habe keine finanziellen Reserven, die größten Gesellschaften einschließlich der Versicherungsgesellschaften und eine der größten Banken seien ruiniert. Nach Meldungen aus Peking übersteigt die Zahl der Getöteten zwei Millionen; andere Quellen geben 250 000 Todesopfer an, von denen 150 000 auf Tokio und 100 000 auf Jokohama entfallen. Um den Ausbruch von Seuchen zu vermeiden, werden die Leichen in die brennenden Häuser geworfen. Eine der ersten Handlungen der Regierung war die Entsendung von Truppen nach den zoologischen Gärten, um die wilden Tiere töten zu lassen, die sonst ausgebrochen wären.

Wer löst die Korfukrise?

Paris, 4. September. (W. T. B.)

Dem „Matin" zufolge hat Italien in Paris und London mitteilen lassen, daß es die Kompetenz des Völkerbundes im italienisch-griechischen Konflikt ablehne.

Für die Ablehnung würden drei Gründe angeführt:

1. Daß die revolutionäre griechische Regierung nicht anerkannt sei und nicht als qualifiziert angesehen werden könne, in Genf zu sprechen.

2. Sei die Angelegenheit Korfu nur die direkte Folge der Janina-Affäre, wo die nationale Ehre Italiens auf dem Spiel stehe. Diese nationale Ehre beabsichtige Italien zu schützen, ohne sich behindern zu lassen.

3. Werde erklärt, daß die Berufung auf Artikel 12 des Völkerbundpaktes nur durch eine Kriegsdrohung gerechtfertigt sei. **Nun aber beabsichtige Italien ebensowenig Krieg zu führen, wie Griechenland. Das gehe schon daraus hervor, daß die diplomatischen Beziehungen zwischen Italien und Griechenland nicht abgebrochen seien. Infolgedessen hat der italienische Vertreter im Völkerbundsrat, Salandra, den Auftrag erhalten, sich von jeder Besprechung der italienisch-griechischen Krise im Völkerbundsrat fernzuhalten.**

Wie der „Matin" dazu noch mitteilt, bleibt Frankreich bei seiner bisher eingenommenen Stellung, nämlich die Lösung des Konfliktes in die Hand der Botschafterkonferenz zu legen.

Der „Petit Parisien" meldet, anscheinend habe der italienische Botschafter in Paris bei seiner Unterhaltung mit Poincaré diesem die Versicherung gegeben, daß Italien sich gern einer von der Botschafterkonferenz gefaßten Entschließung unterwerfen werde. In gewissen Völkerbundskreisen sei man der Ansicht, daß sich der Zwischenfall dadurch aus der Welt schaffen lasse, daß der Völkerbundsrat ein Verfahren einschlägt, das er schon einmal bei dem Konflikt zwischen Jugoslawien und Albanien eingeschlagen hat, daß nämlich der Völkerbundsrat selbst der Botschafterkonferenz mit begründeten Empfehlungen die Frage zur Entscheidung überläßt.

Ein englischer Kreuzer vor Korfu

Rom, 4. September. (E. E.)

Ein englischer Kreuzer ist vor Korfu angekommen. — Der erste Lord der Admiralität, Amery, hat sich nach Malta begeben.

Griechisch-italienischer Konflikt in Aegypten

London, 4. September. (E. E.)

Wie aus Kairo gemeldet wird, kommt es in Aegypten zu ständigen Streitigkeiten zwischen Italienern und Griechen. Die Demonstrationen nahmen teilweise einen bedrohlichen Umfang an. Das griechische und das italienische Konsulat in Kairo und Alexandrien werden polizeilich bewacht.

Dollar: 13 000 000

Ein englischer Kreuzer ist vor Korfu eingetroffen.

Die italienischen Anklagen gegen den griechischen Obersten Botzaris verschärfen sich.

Die Griechen versuchen albanische Banditen als die Mörder der Italiener hinzustellen.

Lord Curzon hat den italienischen Botschafter Marchese della Torretta empfangen.

Die Ruhr-Epidemie im französischen Heer breitet sich aus.

Eine neue Ordonnanz der Rheinlandkommission sieht schwerste Eingriffe in die deutsche Verwaltung vor.

Die Belgier haben in ihrer Besatzungszone 850 Milliarden Mark geraubt.

Präsident Coolidge hat eine Proklamation an das amerikanische Volk gerichtet, den Japanern Hilfe zu leisten.

Ein Mißgriff

Die „freie Wirtschaft" in den Geschäfts- und Industriehäusern — Gefährdung des Mittelstandes — Bedrohung des Eingangs der neuen Steuern — Ein notwendiger Beschluß des Landtages

In Nr. 47 der preußischen Gesetzessammlung, die Mitte August erschienen ist, hat der preußische Wohlfahrtsminister Ausführungsbestimmungen zum Reichsmietengesetz erlassen. In § 3 ist „im Einvernehmen mit dem Arbeitsminister" bestimmt, daß die gewerblichen Räume in Industrie- und Geschäftshäusern nicht unter das Reichsmietengesetz fallen. Es kann dahingestellt bleiben, ob diese Anordnung, die ohne Anhörung des Landtags nur auf Drängen der Hausbesitzer erfolgt ist, und ohne der dadurch betroffenen Mieterschaft Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben, rechtsgültig ist. Es soll hier nur auf die verheerenden Folgen für den Teil der Geschäftswelt, der nicht zugleich zu den Hausbesitzern zählt, hingewiesen werden. Die gesamte Kaufmannschaft, besonders die durch die neue Verordnung betroffenen Detailgeschäfte, kämpfen mit den größten Schwierigkeiten, um bloß den Betrieb aufrecht erhalten zu können. Kein Kaufmann hat noch genügendes Betriebskapital, um sein Lager zu vervollständigen. Die Lage verschärfte sich durch die neue, gewiß notwendige, aber doch harte Steuergesetzgebung. Um die Rhein-Ruhr-Abgabe, die Einkommensteuervorauszahlungen, die Lohnsummensteuer zahlen zu können, mußte die Substanz auf Kosten der Weiterführung des Geschäfts angegriffen werden. Nun steht noch die sehr erhebliche Goldmarkabgabe bevor. Der Käuferkreis vermindert sich mit jeder Dollarsteigerung, und selbst das bestgeleitete Geschäft hat nur einen geringen Bruchteil seines Friedenseinkommens.

Jetzt treten auf Grund der neuen Bestimmungen die Hauswirte an die Mieter heran und verlangen unangemessene Summen als Septembermiete. Z. B. hat der Verband der Geschäfts- und Industriehausbesitzer als Maßstab für September die Friedensmiete mal 750 000 aufgestellt. Andere Wirte verlangen die Friedensmiete mal 1 200 000. Von dem Magistrat Berlin ist als ausreichende Miete für Wohnräume und Geschäftsräume in Wohnhäusern das zirka 25 000fache der Grundmiete, nicht Friedensmiete festgesetzt. Dieses ist also der zur Bewirtschaftung des Hauses im Einvernehmen mit der Vertretung der Grundbesitzer als ausreichend angesehene Betrag. Die jetzt von den Wirten, bzw. dem Verband der Geschäfts- und Industriehausbesitzer geforderte Miete für einen Laden mit der nur ganz geringen Friedensmiete von 100 Mark im Monat beträgt 75 000 000 Mark, während für einen gleichen Laden im Nebenhaus, in dem sich zufällig noch ein oder mehrere Wohnungen befinden, der Höchstmietenpreis sich auf 100 — 20 Prozent (Grundmiete) mal 25 000 gleich 2 000 000 Mark beläuft. Die Bewohner von reinen Industriehäusern werden also gegenüber den Kaufleuten, die das Glück haben, nicht in einem derartigen Hause zu wohnen, ganz ungerechter Weise benachteiligt. In der gesamten City wechseln die reinen Industriehäuser mit anderen Häusern ab. Die angeführten Ziffern sollen nur den Unterschied der geforderten und der angemessenen Miete zeigen. sächlich waren aber die Friedensmieten in den Geschäftshäusern bedeutend höher, so daß die von den Wirten für den Monat September geforderten Summen in das Milliardenfache gehen. Naturgemäß werden aber, wenn keine Schranken mehr bestehen, die Mieten der Dollarsteigerung entsprechend von den Hauseigentümern erhöht werden. Diese Summen können aber die Mieter in Geschäfts- und Industriehäusern bei der so schon schwierigen Lage niemals aufbringen, sondern müssen den Betrieb einstellen und das Personal entlassen. Sie sind ferner nicht in der Lage, die sämtlichen fälligen Steuern zu zahlen, sondern müssen sogar den Antrag beim Finanzamt auf Rückzahlung der Einkommensteuervorauszahlung stellen.

Durch die Verordnung ist also nicht nur die Privatwirtschaft, sondern auch der Fiskus und die gesamte Volkswirtschaft in gleicher Weise geschädigt. Die Vorteile kommen aber nicht dem wirklich notleidenden Hausbesitzer zugute, sondern nur denjenigen, die zufällig reine Industriehäuser haben. Im Frieden waren aber Eigentümer derartiger Häuser fast nur Großkapitalisten und Gesellschaften. Diese Häuser haben durchweg ihren Substanzwert erhalten und ie darauf ruhenden Schulden in Papiermark abgedeckt,

so daß die Eigentümer jetzt einen reinen Sachwert in Händen haben

Endlich sind aber gerade die Industrie- und Geschäftshäuser unter Ausnützung des Valutastandes in hohem Maße vom Auslande aufgekauft worden; so haben z. B. im Bezirke des Amtsgerichts Mitte, in dem sich zum größten Teile Geschäftshäuser befinden, im Jahre 1922 6300 Häuser den Eigentümer gewechselt. Der Anteil der Ausländer daran betrug durchweg 90 Prozent!! (vergl. die Zusammenstellung im Kommentar von Hagelberg-Friedländer zum Grundstücksperrgesetz S. 7, mit näherer Literaturangabe). Wenn man außerdem noch den Wechsel in den Grundstücksgesellschaften, der nicht zu kontrollieren ist, in Betracht zieht, ergibt sich, daß die Verordnung geradezu ein Geschenk an das Ausland auf Kosten der deutschen Wirtschaft darstellt.

Die Ausführungsbestimmungen sind vom preußischen Wohlfahrtsminister ergangen ohne Berücksichtigung, vielleicht ohne Kenntnis der neuen Steuern, die je in ihrer Ausdehnung sehr rasch gemacht werden mußten. Es wird steuerlich noch mancher harte Schnitt erforderlich werden. Gerade darum aber ist es notwendig, daß jetzt nicht wenige Privatkapitalisten und valutastarke Ausländer Nutznießer der freien Geschäftsmiete in den Industriehäusern werden. Der Landtag muß sofort die Suspendierung der erlassenen Verordnung beschließen. Das erfordert die Rücksicht auf den kaufmännischen Mittelstand, besonders aber das Reichsinteresse an dem restlosen Eingang der neuen Steuern, deren Ertrag sonst empfindlich gefährdet werden würde.

* * *

Der Erlaß des Wohlfahrtsministers bezüglich der Aufhebung der Bestimmungen des Reichsmietengesetzes bei Industrie- und Geschäftshäusern hat in weitesten Kreisen Erregung und Erbitterung hervorgerufen. Aus allen Gewerbezweigen werden Proteste laut gegen das einseitige Vorgehen der preußischen Landesregierung.

Sehr scharf nahm der Arbeitgeberverband im Gastwirtsgewerbe Groß-Berlin in einer Vollversammlung Stellung gegen das Wohlfahrtsministerium. Es wurde zum Ausdruck gebracht, daß durch die ministerielle Verfügung die Mieter von Geschäftsräumen jetzt völlig schutzlos geworden und der Willkür der Hausbesitzer preisgegeben seien. Der „Verband der Berliner Industrie- und Geschäftshausbesitzer" frohlocke in einem Rundschreiben über seinen Erfolg. Man frage sich vergeblich, wie es überhaupt möglich gewesen sei, daß ein so kleiner Kreis von Interessenten einen derartigen Einfluß habe gewinnen können.

Obgleich jener Verband bei den Verhandlungen im Wohlfahrtsministerium die Zusicherung gegeben habe, daß er seine Mitglieder verpflichten werde, nicht mehr als 30 Prozent der Friedensmiete, auf Goldbasis umgerechnet, zu beanspruchen, fordere man jetzt von den Mietern kategorisch 75 Prozent der Friedensmiete in Goldwährung, und zwar zahlbar innerhalb weniger Tage, bei Androhung sofortiger Exmittierung. Gegen eine derartige Ausnutzung müsse mit aller Entschiedenheit Einspruch erhoben werden. Hier zeige sich eben, auf welchen Leim das Wohlfahrtsministerium hereingefallen sei. Es sei geradezu unbegreiflich, wie sich der Wohlfahrtsminister auf einseitige Beeinflussung hin, ohne Befragung von Mieterorganisationen, zu solchen Eingriffen in das Wirtschaftsleben habe bereit finden können. Tausende von Gewerbetreibenden, die das Unglück hätten, dieser Interessentengruppe ausgeliefert zu sein, sähen ihre durch jahrelange Mühen aufgebaute Existenz aufs ernsteste gefährdet, denn kein Mieter sei in der Lage, seine Einnahme auf ein Drittel der Friedenseinnahme (Goldwährung) zu stellen. Geschäftsschließungen über Geschäftsschließungen müßten erfolgen, wodurch naturgemäß auch die Arbeitslosigkeit erheblich vergrößert würde.

Es sei unerläßlich, daß das Wohlfahrtsministerium den Erlaß sofort wieder zurückziehe oder aber besondere Schutzvorschriften zugunsten der Mieter gewerblicher Räume erlasse.

Neues Verbot der V. K. P. D.-Presse. W. T. B. teilt mit: „Die „Rote Fahne", die „Rote Fahne am Montag", die „Rote Fahne für Brandenburg", die „Rote Fahne für die Niederlausitz" und die „Volkswacht für Mecklenburg und Pommern" sind auf Grund des Gesetzes zum Schutze der Republik für die Dauer von acht Tagen verboten worden.

Die Aufgaben der Staatsoper

Ministerium und Intendanz

Von

Lothar Band

Ueber unserer Staatsoper „schwebt ein Heer dunkler Wolken dumpf und schwer". Mit Mühe und Not hat man den durch Leo Blechs Abgang verwaisten Posten des Generalmusikdirektors noch eben mit beginnender Saison zu besetzen vermocht, da löst Fritz Stiedry sein Verhältnis als erster Kapellmeister des Instituts, und es scheint sehr fraglich, ob man ihn wird halten können; der Kampf um das Kroll-Haus ist nur in gewissem Sinne entschieden, insofern nämlich, als die Staatsoper dort spielen wird. Offen ist immer noch die Frage, was aus der „Volksoper" werden soll, die doch auch ihr Publikum hat. Und das eben erwähnte Kroll-Haus, das der Staatsoper eine größere finanzielle Sicherheit bringen soll, ist — wie erst kürzlich mitgeteilt wurde — noch längst nicht soweit hergerichtet, daß man dort in absehbarer Zeit zu Aufführungen kommen kann. Dazu die allgemeinen finanziellen Schwierigkeiten . . . man konnte es also verstehen, daß das verantwortliche Ministerium und der Intendant einmal ihr Herz ausschütten und der Presse einen Einblick in die Absichten, zugleich auch einen Ueberblick über die beschrittenen Wege bieten wollten, die für die nächste Zukunft der Staatsoper bestimmend sein sollen. Ohne Zweifel wäre es richtiger gewesen, wenn die Mitteilungen etwas zeitiger erfolgt wären, etwa damals, als Blech sein Abschiedsgesuch eingereicht hatte, und der Landtag sich eingehend mit der Liaison Opernhaus-Kroll-Haus befaßte; selbst auf die Gefahr hin, daß dann, wie einleitend Minister Dr. Bölitz bemerkte, einer oder der andere zuständige Referent beurlaubt gewesen sein sollte.

Was Staatssekretär Prof. Dr. Becker über die Stellung der Oper innerhalb der allgemeinen Aufgaben des Ministeriums ausführte, wird man ohne jeden Widerspruch anerkennen, insbesondere auch, daß die Kunst für das Volk bestimmt und ihre Einführung in das Erziehungswesen erforderlich ist. Zu begrüßen ist es auch, daß im Wechselspiel der Kräfte, hier Ministerium und Intendanz genannt, dem Intendanten seine unbedingt notwendige Freiheit und Selbstverantwortung überlassen worden ist. Es geht nicht an und verträgt sich nicht mit den Aufgaben eines so vielgliedrigen künstlerischen Apparates, wie ihn nun einmal eine Opernbühne darstellt, daß er von dem stets schwerfällig arbeitenden Verwaltungskörper aus regiert wird. Aufgabe dieser Stelle ist es allein, den geeigneten Mann zu finden. Und wenn man auch nicht alle künstlerischen Taten des Herrn v. Schillings wird anerkennen können, so muß man doch zugeben, daß es ihm tatsächlich gelungen ist, die Staatsoper durch immer schwierigere Zeiten mit einem gesicherten Personalbestande hindurchzubringen.

Die „aktuellen Fragen", die „innere" und die „äußere" Krisis, also eigentlich gegenwärtig das Interessanteste, wurden von Staatssekretär Becker sehr vorsichtig, mit klug abwägenden Worten und ministerieller Zurückhaltung gestreift. „Unglückliche Zufälle", wie die gleichzeitige Abwesenheit der drei Kapellmeister, mußten die Unzulänglichkeiten der Aufführungen entschuldigen, die Geldentwertung die Flucht der Solisten rechtfertigen, einige Andeutungen über das Nichtzustandekommen des Vertrages mit Otto Klemperer die peinliche Angelegenheit vergessen machen. Auch jener oft behandelte Fragenkomplex: Kroll—Volksbühne—Volksoper erfuhr in den Darlegungen des Staatssekretärs keine klare Beantwortung. Wir werden also hier vielleicht noch auf Ueberraschungen gefaßt sein müssen, die dann aber hoffentlich zum Besten des Publikums ausfallen.

Zu diesen allgemeinen Ausführungen fügte der Intendant Max v. Schillings interessante Bemerkungen über den inneren Betrieb der Staatsoper. Da die Gefahr der Abwanderung unserer Künstler zu den Gipfeln der Valuta den Bestand des Personals bedroht, hat man zum ersten Male in dieser Saison „Fristverträge" abgeschlossen, die den Künstler nur für bestimmte Zeiten verpflichten, ihm für die übrige Zeit aber Freizügigkeit gewähren. Daneben bestehen natürlich Dauerverträge. Auf diese Weise hofft man störenden Zufälligkeiten aus dem Wege gegangen zu sein und sich ein leistungsfähiges Ensemble trotz des Wechsels zu erhalten. Eine Verringerung der Kräfte hat nicht stattgefunden; es sind im Gegenteil noch Ergänzungen vorgenommen worden, wenn auch der ausgesprochene Wagnertenor wie eine erste Koloratursängerin fehlen, einfach aus dem Grunde, weil es gegenwärtig keine Vertreter dieses Faches gibt.

Ergänzungen werden ja wohl auch weiterhin notwendig sein, wenn tatsächlich im Kroll-Hause gespielt werden sollte. Mit diesem Doppelbetrieb soll der Kreis der künstlerischen Aufgaben erweitert, gleichzeitig aber das Staatstheater eine gesteigerte finanzielle Sicherheit durch rationelle Ausnutzung der Kräfte geboten werden. Denkbar ist das natürlich; es fragt sich nur, wie sich der Gedanke in der Praxis ausgestaltet.

Auch die finanzielle Seite des Opernhausbetriebes wurde von Herrn v. Schillings berührt und durch lehrreiche Beispiele erläutert. Während bei den heute geltenden Preisen (von 300 000 Mark bis zu 8 Millionen Mark für Inländer) eine Tageseinnahme von etwa 4 Millionen erzielt wird, brachte in der Vorkriegszeit ein Caruso-Abend die Rekordeinnahme von 45 000 Mark. Das entsprach damals 10 000 Dollars und würde heute 100 Milliarden betragen. Die geldlichen Bedürfnisse des Unternehmens belaufen sich auf 2¼ Billion im Jahre, nach dem gegenwärtigen Markwert.

So sehr auch die Ansprüche des Opernhauses auf eine Erhöhung der Eintrittspreise anzuerkennen sind, so möchte ich gerade in diesem Zusammenhange doch eine kleine Anfrage an die Intendanz richten, die ihre Finanzgebarung nicht eben sympathisch erscheinen läßt. Wer vor den Ferien der Oper sich Abonnementskarten für damals immerhin noch wertvolle 5000 Mark kaufte und dabei unglücklicherweise die 171. bis 174. Vorstellung erwischte, der mußte es jetzt erleben, daß gerade diese Vorstellungen — ausfielen. Heute kostet ein solcher Platz im Abonnement 600 000 Mark. Erstattet werden aber nur die bezahlten 5000 Mark, und erst auf schriftlichen Antrag! Das verursacht weitere Kosten von 30 000 Mark.

Erstens einmal hat die Intendanz mit den 5000 Mark im Juni wesentlich wertvolleres Geld erhalten, als sie heute mit der gleichen Summe zurückzahlt, um derentwillen sie weitere Ausgaben veranlaßt. Zum anderen ist es überhaupt ein sonderbares Vorgehen, Vorstellungen abzusagen ohne entsprechenden Ersatz zu bieten, also einseitig vom Vertrage zurückzutreten, nach dem der Vertragsgegner seine Pflichten bereits längst erfüllt hat. Und schließlich ließe sich die Angelegenheit einfacher dadurch lösen, daß man Nachzahlungen verlangte. Aber dieser hier beliebte Modus kann nicht dazu beitragen, Sympathien zu wecken.

Sachsen und das Reichswehrministerium

Dr. Zeigners Material gegen den Reichswehrminister

Eine rechtswidrige Anordnung

Dresden, 4. September.

Die „Sächsische Staatszeitung" veröffentlicht in ihrer letzten Ausgabe an leitender Stelle unter der Ueberschrift „Sächsische Regierung und Reichswehrminister" das Material Dr. Zeigners gegen den Reichswehrminister Dr. Geßler. Es heißt darin:

„Am 7. August 1923 hatte der sächsische Ministerpräsident Dr. Zeigner in einer Versammlung in Leipzig auch das Verhältnis der Reichswehr zur Republik besprochen. Nach dem Bericht der „Leipziger Volkszeitung" vom 8. August hat er dabei erklärt: „Mag auch ein großer Teil der Mannschaft der Reichswehr politisch farblos sein, mag auch die Reichswehr in Sachsen zuverlässiger als in Bayern sein, so ist sicher ein großer Teil des Offizierkorps durchaus antirepublikanisch gesinnt." Er hat ferner mitgeteilt, daß alle rechtsradikalen Geheimorganisationen „mehr oder weniger enge Beziehungen zur Reichswehr haben und über große Waffenlager verfügen." — Durch Schreiben vom 9 August 1923 hat daraufhin der Befehlshaber des Reichswehrkreises IV., Generalleutnant Müller, unter Bezugnahme auf den erwähnten Bericht der „Leipziger Volkszeitung" gebeten, ihm die Unterlagen über den behaupteten Eingriff in einen Strafprozeß zur Verfügung zu stellen.

Den Ueberbringern dieses Schreibens wurden am 10. August 1923 von dem Ministerpräsidenten persönlich die Unterlagen vorgelegt, aus denen sich einer dieser Eingriffe ergibt. Darauf ging dem Herrn Ministerpräsidenten ein Brief des Generalleutnants Müller zu, wonach diesem „eine fernmündliche Anweisung des Herrn Reichsministers zugegangen sei, dahinlautend, daß eine Teilnahme der Reichswehr an einer von Ihnen veranstalteten Verfassungsfeier mit Rücksicht auf die von Ihnen, Herr Ministerpräsident, am 7. August in Leipzig gehaltenen Rede zu unterbleiben habe.

Ferner sei vom Wehrkreiskommando jeder Verkehr mit Ihnen bis zur Klärung der Angelegenheit abzulehnen."

Eine nochmalige telephonische Rückfrage ergab hinsichtlich dieser verfassungsrechtlich geradezu unglaublichen Anordnung, daß „der Herr Reichswehrminister die Anordnung getroffen hat, und daß sich an dieser Entscheidung nichts ändern lasse."

Gegen diese Anordnung, die mit der Verfassungsmäßigkeit von Reich und Reichsbehörden zu einem Lande rechtlich völlig unvereinbar ist und eine geradezu unbegreifliche politische Taktlosigkeit darstellt, beim Herrn Reichskanzler Cuno vorstellig zu werden, erschien zwecklos, da der Reichskanzler Cuno, wie sich später herausstellte, noch viel eingreifen dere Maßnahmen gegen die sächsische Regierung und den sächsischen Ministerpräsidenten ernstlich erwogen hatte.

Nachdem aber 12. August die Regierung Cuno zurückgetreten war, ist der Vorgang dem Herrn Reichskanzler Dr. Stresemann sowohl durch den Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion wie durch den Herrn Ministerpräsident Dr. Zeigner am 14. August 1923 persönlich mitgeteilt worden. Der sächsische Ministerpräsident verlangte nicht nur die sofortige Aufhebung jener rechtswidrigen Anordnung, sondern legte auch dringend die Entlassung Dr. Geßlers nahe. Nachdem er am 21. August nochmals persönlich in Berlin an die zugesagte Klärung der Angelegenheit erinnert hatte, erhielt er am gleichen Tage nach seiner Rückkehr nach Dresden folgendes Telephonat, das auf einer Erklärung des Reichswehrministers gegen den Reichskanzler beruhte:

„Der Herr Reichswehrminister hat keinerlei Anordnung über den Verkehr des Reichswehrkreiskommandos bzw. des sächsischen Landeskommandanten mit der sächsischen Regierung getroffen. Er hat lediglich am 11. August das Ersuchen des Wehrkreiskommandos gebilligt, an der von der sächsischen Regierung veranstalteten Verfassungsfeier nicht teilzunehmen. Er hält es aber für selbstverständlich, daß die dienstlichen Verpflichtungen jeder verfassungsmäßigen Regierung gegenüber erfüllt werden."

Die gleiche Erklärung hat Dr. Geßler dem Reichskanzler Stresemann abgegeben, wie sich aus einem Briefe des Herrn Reichskanzlers an den Reichstagsabgeordneten Wels ergibt.

Die Erklärung des Herrn Reichswehrministers ist, wie sich aus dem oben Gesagten unzweideutig ergibt, unwahr. Es muß der öffentlichen Meinung überlassen werden, ob Herr Dr. Geßler angesichts dieser Tatsachen weiter auf seinem Posten verbleiben kann.

*

Es ist dringend zu wünschen, daß Herr Dr. Geßler zu den schweren Anschuldigungen sofort das Wort nimmt.

Ein neuer Eingriff der Rheinlandkommission

Einsicht in alle Verwaltungsdokumente — Beamtenberufungsrecht

Paris, 3. September. (W. T. B.)

Nach einer Havas-Meldung aus Koblenz hat die Rheinlandkommission beschlossen, in der Absicht, die Organisation des Widerstandes gegen ihre Befehle durch die deutsche Verwaltung im besetzten Gebiet zu brechen, folgende Ordonnanz herauszugeben:

§ 1. Die Delegierten der Rheinlandkommission in den einzelnen Bezirken können von jedem Dokument Kenntnis nehmen oder nehmen lassen, das für deutsche Verwaltungen, die innerhalb ihres Bezirks bestehen, bestimmt ist, wenn immer genügend Grund zu der Vermutung vorliegt, daß diese Verwaltungen eine Tätigkeit ausüben, die sich gegen die Befehle der Rheinlandkommission oder gegen die Interessen der Besatzungsarmee richtet. Die Delegierten haben die Befugnis, zu diesem Zweck den deutschen Verwaltungen die notwendigen Informationen zu erteilen.

§ 2. Jeder Ober- oder Unterbeamte oder Agent, der sich weigert, den nach Artikel 1 gegebenen Instruktionen zu gehorchen, und der die Verzeichnisse und Dokumente, deren Mitteilung gefordert wird verheimlicht oder zu verheimlichen versucht, setzt sich den Strafen aus, die für ein Vergehen gegen die Ordonnanzen der Rheinlandkommission festgesetzt sind.

§ 3. **Wenn infolge Abberufung, Ausweisung oder abgelehnter Genehmigung der Ernennung eines Beamten ein Posten in einer deutschen Verwaltungsstelle frei wird, kann die Rheinlandkommission auf Vorschlag ihres Delegierten, wenn es scheint, daß das Weiterbestehen der Vakanz der Sicherheit, den Bedürfnissen und dem Unterhalt der Armee entgegensteht, und daß die fragliche Vakanz nicht dadurch ausgefüllt werden kann, daß sie in der fraglichen Verwaltung bereits beschäftigte Beamte dazur beruft, selbst die Ernennung für den freien Posten vorschlagen.**

Poincaré wird antworten

Günstige Beurteilung der Kanzlerrede in Paris

Die Möglichkeit eines deutsch-französischen Wirtschaftsbundes

Paris, 4. September. (W. T. B.)

Wie „Matin" zu wissen glaubt, wird Poincaré in allernächster Zeit auf die Rede Dr. Stresemanns antworten und sich besonders über die Bedingungen aussprechen, unter denen ein Wirtschaftsbund zwischen Frankreich und Deutschland möglich sei.

Paris, 4. September. (Eca.)

Aus Anlaß der letzten Rede des Reichskanzlers Stresemann schreibt die Continentale Ausgabe des „New York Herald", Das Blatt sei in der Lage, feststellen, daß Poincaré eine wirtschaftliche Allianz mit Deutschland als unbedingt notwendig ansieht, da die Industrien der beiden Staaten einander ergänzen müssen, und daß eine wirtschaftliche Allianz sicherlich auch zu einer politischen Entente zwischen den beiden Ländern führen würde. In hohen französischen Kreisen werde dies als durchaus möglich angesehen, wenn Deutschland die französische Erklärung annehmen würde, daß die Ruhrbesetzung aufhört, sobald Deutschland bezahlt, und daß Frankreich weit davon entfernt sei, auch nur ein Stück deutschen Bodens annektieren zu wollen. Die Rede Stresemanns in Stuttgart werde in Paris als ein erster Schritt für die von Berlin kommende Ankündigung ange-

---

Eine Gefängnishölle

Als das furchtbarste aller Gefängnisse der Welt bezeichnet ein kürzlich aus der Mandschurei zurückgekehrter englischer Reisender die Zellen, in denen die Gefangenen in der Mandschurei zu schmachten verurteilt sind. Von einem doppelten Holzwall umschlossen steht man einen Platz, auf den eine Anzahl von kleinen Kammern mündet, in die niemals ein Lichtstrahl dringt. In diesen verließartigen Kammern sind hölzerne Käfige übereinander gestapelt, die in der Länge etwas über einen Meter und in der Höhe rund 75 Zentimeter messen. Diese Särge sind die Zellen, in denen die Gefangenen ihre Strafe verbüßen. Sie tragen schwere Ketten, die am Nacken befestigt sind, und an den Händen Handfesseln. Sie können in ihren Käfigen weder sitzen noch in voller Länge ausgestreckt liegen. Ihre Nahrung, wenn die Wärter überhaupt daran denken, ihnen solche zu geben, wird durch ein Loch geschoben, das in die Seitenwand des Käfigs gebohrt ist. In diesem fürchterlichen Raum verbringen die Gefangenen oft ihr ganzes Leben. Sie dulden nicht nur die Qual, ihre Glieder nicht ausstrecken zu können, sondern sind auch der Kälte, die hier oft außerordentlich scharf ist, schutzlos preisgegeben. Nur ein Mongole ist imstande, diese Tortur auch nur einen Tag lang auszuhalten.

sehen, daß ein Einverständnis zwischen Frankreich und Deutschland gesucht werde und daß man den Widerstand zukünftig für die deutschen Interessen ebenso schädlich betrachte, wie er von der Regierung Cuno als patriotisch erklärt worden sei.

Englische Stimmen für Stresemann

London, 4. September. (W. T. B.)

„Morning Post“ schreibt zur Rede Stresemanns in Stuttgart: Es sei noch zu früh zu sagen, daß das Ende des passiven Widerstandes in Sicht sei, aber eine ausgesprochene Veränderung in der Lage habe zweifellos stattgefunden. — Die „Times“ erklären, Stresemann habe in seiner Rede in Stuttgart es sehr deutlich gemacht, daß er die ernste Natur der Krise erkennt. Er erkenne vollauf an, daß Deutschland die Wahl hat zwischen dem Chaos des Bürgerkrieges und der Schaffung einer angemessenen Verbindung mit der Umwelt. **Kein deutscher Staatsmann habe so nachdrücklich wie er betont, daß Deutschland unbedingt Willens sei, Reparationen zu zahlen und produktive Pfänder für diesen Zweck zu verschaffen.**

Groß-Berlin

Schön ist Mutter Natur

Ein Spätsommer-Sonntag

Das war Sonntag eine köstliche Einleitung zu hoffentlich noch recht vielen und schönen Spätsommertagen! Ein Sonntag, wie geschaffen, um einmal für kurze Zeit wenigstens die elende Misere des Alltages von sich abzuschütteln und hinauszueilen in die vom Sonnenglanz übergossene Natur. Sie allein betrügt uns nicht wie die Menschen mit tausend Versprechungen, die nicht gehalten werden; sie hält, was sie verspricht, heute wie ehedem, trotz alles Unglücks unter den Menschen.

In köstlicher Reinheit strahlt uns der Himmel an, die grüne Pracht des Waldes nimmt uns in ihren Frieden auf, als hätte es nie Krieg und Verwüstung, nie Zank und Streit gegeben. Wir wandern und freuen uns über jedes Blatt und jeden Halm, über jeden glänzenden Käfer, der unseren Weg kreuzt. Sorgsam hüten wir uns, ihn zu zertreten, wie in unbewußter Scheu. Und beinahe mit Erstaunen erkennen wir, daß in der schönen Natur auch der ewig kämpfende Mensch zum friedlichen Wesen werden kann, das alles Widrige seiner sonstigen Umgebung vergißt, und sich ganz den harmlosen, aber desto reineren Freuden da draußen hingibt. Und man möchte ihm, man möchte jedem Menschen ein solches Sonntagsbad in der Natur wünschen, gerade jetzt, jetzt mehr als je, obwohl das Hinausgelangen infolge der verschiedenen bösen Tarifschrauben immer schwerer geworden ist.

Aber das Fahrgeld dafür ist ein Opfer, das sich noch lohnt. Es entschädigt tausendfach. Und wir brauchen dies Bad in der Natur vielleicht nie so nötig wie in diesen schweren Tagen. Wenn der müde Blick über eine Wiese dahin schweift, wenn hinter einer prächtigen Waldlichtung der blanke Spiegel eines Sees auftaucht, dann strömt etwas wie neue Hoffnung in unser Herz, daß die Welt doch noch Schönheiten birgt, die unvergänglich sind; dann wird die Seele für Stunden wenigstens freier von ihren Sorgen. Und etwas Zuversicht nehmen wir wohl mit heim am Abend, wenn die Sonne sinkt .....

„Der prügelnde Studienrat“

Zu der im heutigen Morgenblatt veröffentlichten Einsendung „Der prügelnde Studienrat“ geht uns vom Direktor und Lehrerkollegium der Menzel-Realschule die nachstehende Berichtigung zu:

Erstens: Die Schüler Kurt und Rolf Caesar hätten, da der Vater nach Breslau versetzt worden sei, die Schule, die sie nur selten besucht hatten, auch ohne den fraglichen Vorfall im September verlassen.

Zweitens: Herr Studienrat Kaehne hat, wie die Mitschüler des Kurt bezeugen, weder ein Buch des Schülers zur Erde geworfen, noch die ihm zum Vorwurf gemachte oder eine ähnliche Aeußerung getan, auch kein anderer Lehrer. Die ganze Erzählung muß als Phantasieprodukt bezeichnet werden.

Drittens: Das Kollegium der Menzel-Realschule lehnt es entschieden ab, sich in der Behandlung der Schüler durch politische Ansichten leiten zu lassen; es legt das größte Gewicht darauf, daß die alle noch im jugendlichen Alter stehenden Schüler sich nicht politisch äußern oder betätigen. Insbesondere — und das ist das in bezug auf die einleitenden Zeilen des Artikels Unfreiwillig-Komische — ist Herr Studienrat Kaehne seit Jahren eingeschriebenes Mitglied der Demokratischen Partei. Die vorgeworfene Schülermißhandlung ist selbstverständlich Gegenstand der amtlichen Untersuchung.

*

Den Erwiderungen unseres Gewährsmannes geben wir im Morgenblatt Raum.

Die Gehaltsregelung der Bankbeamten. Wie bereits gemeldet, sind vor einigen Tagen die Verhandlungen zwischen dem Reichsverband der deutschen Bankleitungen und den Angestelltenorganisationen über die Berechnung des Septembergehalts gescheitert. Infolgedessen hat jetzt der Reichsarbeitsminister eingegriffen und beide Parteien heute zu einer erneuten Verhandlung geladen.

Erhöhung der Handwerkskammerbeiträge. Die Handwerkskammerbeiträge für 1923 sind durch Beschluß der Handwerkskammer zu Berlin um das 40fache erhöht worden. Die beitragspflichtigen Handwerksbetriebe haben ohne besondere schriftliche Aufforderung den auf sie entfallenden Betrag in Höhe des 40fachen des von ihnen bereits erforderten Handwerkskammerbeitrages für 1923 bis zum 15. September an die zuständige städtische Steuerkasse abzuführen. Besondere schriftliche Aufforderungen zur Zahlung des erhöhten Handwerkskammerbeitrages ergehen nicht. Wird bis zu dem angegebenen Termin nicht gezahlt, so muß sogleich die Beitreibung im Verwaltungszwangsverfahren erfolgen. Bei verspäteter Zahlung ist neben dem erhöhten Beitrage für jeden auf den Zeitpunkt der Fälligkeit folgenden angefangenen Kalendermonat ein Zuschlag von 15 Prozent des Rückstandes, und wenn der Beitrag länger als drei Monate rückständig bleibt, für jeden Monat 30 Prozent zu entrichten.

Kempinski als Weinhaus und Kaffee. Wie uns die Geschäftsleitung der Weinfirma Kempinski u. Co. in Berlin mitteilt, beabsichtigt die Firma, unter Aufrechterhaltung des Weinstubenbetriebes in bisheriger Weise, in den Räumen der ersten Etage des Weinhauses, in denen der Restaurationsbetrieb nachmittags ruht, einen Nachmittagstee mit Konzert einzurichten. In dem nach der Leipziger Straße gelegenen kleinen Raum soll eine Auswahl fertiger Speisen für eilige Gäste bereitgestellt werden. Diese Aenderung des Betriebes bezweckt, der Entlassung älterer Angestellten vorzubeugen.

Warnung vor der Auswanderung nach Brasilien. Die Geschäftsstelle der deutschen Handelskammer in den latein-amerikanischen Ländern teilt uns mit, daß die beim Verband Deutsch-Brasilianischer Firmen in Rio de Janeiro, Caixa Postal III, eingerichtete Stellenvermittelung sich ausschließlich auf in Brasilien ansässige deutsche kaufmännische Angestellte bezieht. Bewerbungsschreiben aus Deutschland mit der Bitte um Vermittelung einer Stelle können vom Verband Deutsch-Brasilianischer Firmen nicht berücksichtigt werden. Die Konjunktur des Arbeitsmarktes für deutsche kaufmännische Angestellte, die noch nicht über genügende portugiesische Sprachkenntnisse und über eine allgemeine kommerzielle Vertrautheit mit den brasilianischen Verhältnissen verfügen, ist die denkbar schlechteste. Von einer Uebersiedelung nach Brasilien ist daher ohne vorheriges festes Engagement zu warnen.

Den Freund um 4 Milliarden beschwindelt

Der „Rittergutsbesitzer“ und der Bankbeamte – Die griechischen Räuber verhaftet

Nach Bankbetrügereien in Höhe von 4 Milliarden ist ein 25 Jahre alter, aus Berlin gebürtiger Kaufmann Alfred Meinhardt flüchtig geworden. Der junge Mann, der ein wechselvolles Leben hinter sich hat, hielt sich vor einiger Zeit in der Uniform eines Reichswehrleutnants am Zoo auf, traf dort einen früheren Schulkameraden, der jetzt Bankbeamter ist und erzählte ihm, er sei Offizier und Rittergutsbesitzer und verfüge über 140 000 englische Pfund und auch noch andere ausländische Noten.

Weil er dementsprechend auftrat, so ließ sich der Schulkamerad blenden und stellte den vermeintlichen reichen Mann auch dem Vorsteher seiner Bank vor. Eines Tages kam Meinhardt mit der Erklärung, er sei gezwungen, einen Teil seiner Devisen zu Geld zu machen. Die Bankbeamten waren bereit, sie zu kaufen, und zahlten einige Millionen im voraus. Das Paket mit den Devisen, das vom Rittergut kommen sollte, blieb aber immer wieder aus, und so wurden aus den Millionen Vorschuß endlich vier Milliarden. Auch eine Reise, die Meinhardt angeblich unternahm, um die Devisen selbst zu holen, blieb erfolglos. In Wirklichkeit war es auch nur eine Vergnügungsreise, die er mit einer Freundin unternahm. Von dem Vorschuß lebte der Schwindler auf größtem Fuße. In Bars und in ähnlichen Amüsierlokalen gab er täglich im Durchschnitt 150 Millionen aus.

Zwei griechische Räuber, die in Berlin gesucht wurden, sind jetzt in Dresden ergriffen worden. Eine 25 Jahre alte aus Athen gebürtige Modistin Helene Papulia lernte auf der Fahrt nach Wildbad zwei Männer kennen, die erzählten, daß sie Kokain und Morphium aufzukaufen beabsichtigten. Sie stiegen in Wildbad ebenso wie die Dame im „Deutschen Hof“ ab und trugen sich unter falschen Namen in das Fremdenbuch ein. In Wirklichkeit sind sie ein Nikes Hiepelus und ein Christus Pesanis. In einem geeigneten Augenblick betäubten die beiden ihre Reisegefährtin, fesselten sie, raubten ihr eine bedeutende Summe in ausländischen Noten und verschwanden.

Ein Scheckbetrüger macht seit einigen Tagen hiesige Geschäfte unsicher. Er „arbeitet“ mit einem Scheckbuch auf die Kommerz- und Privatbank, das in Altona gestohlen worden ist und Schecks mit den Nummern 11 676 bis 11 700 enthält. Der Schwindler tritt in Berlin als Georg Mandlinger auf. Gestern kaufte er bei einem Uhrmacher in der Müllerstraße einen Ring und ein Zigarettenetui und zahlte mit einem Scheck über 27 Millionen. Der Schwindler steht etwa am Ende der zwanziger Jahre, ist mittelgroß, trägt einen grauen Anzug und einen weißen Hut und spricht süddeutsche Mundart. Mitteilungen an Kriminalkommissar Trettin im Zimmer 103 des Polizeipräsidiums.

Falsche Reichsbanknoten

Eine Million Mark und Fünf Millionen Mark

Von den in letzter Zeit ausgegebenen, nur einseitig bedruckten Reichsbanknoten über „Eine Million Mark“ und „Fünf Millionen Mark“ mit dem Datum des 25. Juli 1923, die ihren Schutz in einem natürlichen Wasserzeichen und in den im Papierstoff eingebetteten Pflanzenfasern tragen, sind Fälschungen aufgetaucht, die als solche bei einiger Aufmerksamkeit an der mangelhaften Nachahmung oder dem Fehlen der Echtheitsmerkmale — Wasserzeichen und Pflanzenfasern — unschwer zu erkennen sind. Vor Annahme dieser Fälschungen wird gewarnt. Für die Aufdeckung von Falschmünzerwerkstätten und dahin führende Angaben zahlt die Reichsbank hohe Belohnungen.

Explosion im Gaswerk Lichtenberg

Eine Person schwer, mehrere leicht verletzt

Wegen einer gefährlichen Explosion in dem städtischen Gaswerk Lichtenberg wurde die Feuerwehr Lichtenberg gestern abend nach dem Wiesenweg alarmiert. Dort war, angeblich durch Unachtsamkeit in dem sogenannten Stationsgasmesserraum der Gasanstalt am Kietzer Weg angesammeltes Gas zur Explosion gekommen, wobei eine Person schwer und mehrere leicht verletzt worden waren. Die Lichtenberger Feuerwehr mußte den entstandenen Brand mit drei Schlauchleitungen bekämpfen. Es gelang eine weitere Ausdehnung des gefährlichen Feuers zu verhüten. Trotzdem ist erheblicher Schaden verursacht.

Der Radmarder im Arbeitsnachweis. Ein Schwindler, der es auf Arbeitslose abgesehen hat, macht sich auf dem Arbeitsnachweis an Leute heran, die ein Fahrrad besitzen, spiegelt ihnen vor, daß er ihnen Beschäftigung verschaffen könnte, besucht mit ihnen irgendein großes Grundstück, läßt dort das Rad unterstellen und den Arbeiter auf dem Hofe warten, tut so, als ob er den Arbeitgeber suche und holt in Wirklichkeit heimlich das Rad von der Verwahrungsstelle ab und verschwindet damit. Der Gauner ist etwa 32 Jahre alt und 1,65 Meter groß und trägt einen modernen, hellen Anzug und gelbe Schnürschuhe.

Wer ist das Mädchen? Auf der Straße planlos umherirrend wurde am 23. August abends ein Mädchen von etwa acht Jahren, das weder seinen Namen noch seine Wohnung angeben konnte, angetroffen. Es wurde von einer Schülerin nach der Wache des 4. Reviers und von diesem nach dem Waisenhaus in der Alten Jakobstraße 33—35 gebracht.

Der Kampf um den Pfarrertitel. In dem Streit, den der frühere Pfarrer Stucke seit langem gegen den evangelischen Oberkirchenrat wegen unberechtigter Annahme des Pfarrertitels führt, hat jetzt das Kammergericht eine Entscheidung von grundlegender Bedeutung gefällt. Die Strafkammer hatte seinerzeit Stucke wegen unbefugter Weiterführung des Pfarrertitels und wegen unbefugten Tragens einer Amtskleidung zu 1000 Mark Geldstrafe verurteilt. Gegen dieses Urteil hatte der Verurteilte die Entscheidung des Kammergerichts angerufen. Diese ist nunmehr erfolgt. Entgegen der Auffassung von Stucke, die dahin ging, daß das Pfarreramt nach § 137 der Reichsverfassung ausschließlich als ein Privatamt eines religiösen Vereins aufzufassen sei, der Pfarrertitel also nicht dem Schutze des Strafrechts unterstehen könne, hat das Kammergericht entschieden, daß ein Pfarrer der evangelischen Landeskirche kein privates, sondern ein öffentliches Amt bekleide. Das ergebe sich aus dem öffentlich-rechtlichen Charakter der Kirche, die ihm das Amt verliehen hat. Die neue Verfassung wahre der evangelischen Kirche ihre Rechtsstellung.

Eine neue Anklage gegen Artur Keil. Gegen Artur Keil, der sich seit anderthalb Jahren im Gefängnis befindet, ist nunmehr wiederum eine neue Anklage wegen versuchten Betruges im Rückfalle erhoben worden. Außerdem steht noch eine zweite Anklage wegen Erpressung und Kautionsschwindeleien, bei denen es sich um den Minerva-Verlag handelt, vor dem Abschluß. Dagegen ist in der Erpressungsaffäre Maria Orska und in zwei anderen Fällen vom Staatsanwalt die Außerverfolgungssetzung beantragt worden. Augenblicklich verbüßt Keil eine Strafe wegen Erpressung bis zum Januar nächsten Jahres.

Städtische Fachklassen für Maschineschreiben. Zur Ausbildung von tüchtigen Maschineschreiberinnen sind an drei städtischen Wahlfortbildungsschulen für Mädchen Fachklassen für Maschineschreiben und Kurzschrift eingerichtet. SW., Johanniterstr. 8, C. 2, Hinter der Garnisonkirche 2, N. 20, Hochstr. 46. Der Kursus hat bei 30 Wochenstunden Unterricht das Ziel, schreibgewandte und kaufmännisch geschulte Stenotypistinnen heranzubilden. Er dauert ein Jahr. Ueber den erfolgreichen Besuch des Kursus erhalten die Teilnehmerinnen ein Schlußzeugnis, auf Grund dessen sie vom 1. und 2. Schuljahr der Pflichtfortbildungsschule befreit sind. Das Schulgeld beträgt zurzeit 60 000 M. freibleibend für den Halbjahreskursus. Bedürftigen Schülerinnen können Freistellen gewährt werden. Der neue Kursus beginnt am 8. Oktober. Anmeldungen können täglich im Bureau der betreffenden Schulen außer Sonnabends erfolgen. Da die Zahl für die Aufnahme nur beschränkt sein kann, wird empfohlen, sich frühzeitig für diese Kurse anzumelden.

Das Konfitürengeschäft des Bankbuchhalters

Durch Geschäftssorgen zum Dieb geworden

Der Effektenbuchhalter Walter Borch betrieb neben seiner Stellung ein Konfitürengeschäft, das aber bald nach der Eröffnung von Einbrechern vollkommen ausgeplündert wurde. Dadurch geriet er in große Bedrängnis, da seine Lieferanten Bezahlung der Ware verlangten.

In seiner Notlage fiel er der Verlockung zum Opfer, daß täglich durch seine Hände Milliardenwerte gingen. Er hatte nämlich die Aktiendurchgänge zu kontrollieren. Borch verfiel nun auf die Idee, sich einen Teil der wertvollen Aktien aus dem Gewahrsam anzueignen und damit zu spekulieren. Er nahm sechs Laurahütten- und achtzehn elektrische Licht- und Kraftaktien an sich und veräußerte sie. Aber der Diebstahl wurde durch einen Zufall schnell entdeckt. Die Folge war eine Anklage wegen Unterschlagung, und Borch erhielt vom Schöffengericht Berlin-Mitte sechs Monate Gefängnis. In der gestrigen Berufungsverhandlung vor der Ferienstrafkammer des Landgerichts I bat der Verteidiger um mildere Beurteilung der Handlungsweise des Angeklagten, der unverschuldet in Notlage geraten war und in dieser Situation der Verführung anheimgefallen sei. Der Angeklagte habe nicht die Absicht gehabt, die Wertpapiere zu stehlen, sondern habe nur damit spekulieren wollen. Mit dem erzielten Gewinn habe er Ersatzaktien anschaffen und diese heimlich in das Depot zurücklegen wollen. Das Gericht verwarf zwar die Berufung des Angeklagten, rechnete ihm aber dreieinhalb Monate auf die Untersuchungshaft an und gab ihm für den Rest der Strafe dreijährige Bewährungsfrist, auch wurde der Haftbefehl aufgehoben.

Wieder Zirkus Busch

Der Zirkus Busch hat wieder seine Pforten geöffnet. Es ist selbstverständlich, daß sein Programm auf alter gewohnter Höhe ist. Aus dem reichhaltigen artistischen Teil heben wir hervor den Detektivhund „Prinz“, der sich als Kunstreiter produziert. Schwere Leistungen bietet Claudia Alba, die mit schwerkalibrigen Kanonenkugeln Fangball spielt. Eine Sensation ist Eklair Co., die mit ihren Motorradrennen auf Steilbahn waghalsige Künste vorführen. Spannend sind die Boxkämpfe zu Pferde, die Fritz Paetz und Hans Grimm ausführen. Virginie Constanze Busch führt klassische hohe Schule mit ihrem indischen Schimmelwallach „Pontifax“ vor. Aus dem übrigen Teil heben wir hervor: Die Clowns Bourbonnel und August Barlow und den Jockeiakt der beiden kleinsten Reitkünstlerinnen Tilly und Nanny. Herr Karl Heß zeigt Meisterdressuren und Lilly Stepetow verwegene Tscherkessenritte. Der zweite Teil des Programms bringt phantastische Impressionen von Paula Busch nach der Freiligrathschen Ballade „Der Blumen Rache“. In einem von dem Hamburger Maler Hans Gröninger, dem künstlerischen Leiter des Deutschen Schauspielhauses, entworfenen stimmungsvollen Rahmen hat Olga Desmond Gelegenheit, ihre kultivierte Tanzkunst zur vollen Entfaltung zu bringen. Der zweite Akt „Im Boudoir der Diva“ gibt der Schöpferin der Schönheitstänze Raum, eine ihrer berühmten künstlerischen Entkleidungsszenen auszuführen. Das Ballettkorps des Zirkus bringt unter Riegels Leitung prunkvolle Massenaufzüge. Der Beifall des gefüllten Hauses war der wohlverdiente Dank an die Direktion.

Das städtische Weltpanorama in der Langestraße 76 hat auch in den kommenden Wochen ein überaus reichhaltiges Programm. In dieser Woche wandern wir durch den westlichen Harz. Das zweite Panorama führt uns eine romantische Reise von Schanghai in tonkinesisches Gebiet vor. In der Woche vom 8. zum 14. September weilen wir in der zerklüfteten Hochregion des Wettersteingebirges. Außerdem sieht der Besucher sehr interessante Aufnahmen aus England. Eine „Reise“ kostet für Erwachsene 25 000 Mark, für Kinder 10 000 Mark. Die Familienkarte für sechs Reisen kommt auf 120 000 Mark, das Abonnement von hundert Reisen auf nur 2 Millionen.

Berliner Handelszeitung

Börsenruhetag

Der Devisenmarkt verkehrte wieder in fester Haltung. Vormittags wurde das Pfund Sterling bis 64 Mill. M. und der Dollar mit ca. 13,5 Mill. M. genannt. Der übliche „Angriff“ der Reichsbank blieb denn auch nicht aus, und der Kurs für Pfundnoten ermässigte sich auf 56 Mill. M., aber leider wieder nur für Minuten. Sofort nach der Intervention der von der Reichsbank beauftragten Banken hörte man Pfunde wieder mit 58, 59 und dann 60 B. Die Aktion war abermals verpufft.

An der Börse hatte man für die kurzsichtige, kostspielige Taktik der Reichsbank, die durch ihre billigen Devisenabgaben der Spekulation in die Hände arbeitet, nur ein Kopfschütteln oder — Schmunzeln. Der amtliche Mittelkurs für Kabelauszahlung New-York war 13 Millionen.

Devisen	4. 9. Geld	4. 9. Brief	3. 9. Geld	3. 9. Brief	Devisen	4. 9. Geld	4. 9. Brief	3. 9. Geld	3. 9. Brief
Holld. 1 Gld.	5087^{250}	5112^{250}	3790^{500}	3809^{500}	Amerika 1 D.	12^{967500}	13^{032500}	9675^{750}	9724^{250}
Dänem. 1 Kr.	2394^{000}	2406^{000}	1795^{500}	1804^{500}	Belgien 1 Fr.	608475	611525	448875	451125
Schwd. 1 Kr	3491^{250}	3508^{750}	2593^{500}	2606^{500}	England 1 £	58[illegible]	58[illegible]	43[illegible]	44[illegible]
Norweg. 1 Kr.	2094^{750}	2105^{250}	1595^{000}	1604^{000}	Frankr. 1 Fr	738150	741850	548625	551375
Finnland 1 M.	359100	360900	269325	270675	Italien 1 Lire	558600	561400	418950	421050
Schweiz 1 Fr	2344^{125}	2355^{875}	1745^{625}	1754^{375}	Bulgar. 1 Lev	121695	122305	91770	92230
Argent. 1 Ps.	4189^{500}	4210^{500}	3112^{200}	3127^{800}	Jugosl. 1 Din.	139650	140350	104737	105263
Oest. 100 K.	18154	18246	13665	13735	Japan 1 Yen	6384^{000}	6416^{000}	4738^{125}	4761^{875}
Ungarn 1 Kr.	69825	70175	52867	53133	RioJan. 1 Mil.	1246^{875}	1253^{125}	927675	932325
Ts.-Sl. 1 Kr.	384037	385963	284287	285713	Portug. 1 Esc.	538650	541350	423937	426063
Span. 1 Ps.	1745^{625}	1754^{375}	1296^{750}	1303^{250}					